

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.06.2007

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzungen des Ausschusses am 10., 15. und 22.05.2007
4. Vorlagen
 - 4.1. Feststellung Jahresabschluss 2006 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: IV/2007/06512
 - 4.2. Wirtschaftsplan 2007/2008 für den Zeitraum vom 01.08.2007 bis zum 31.07.2008 für die Kulturinsel
Vorlage: IV/2006/06217

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.06.2007 - öffentlicher Teil

- 4.3. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 für das Thalia Theater/ Kinder- und Jugendtheater Halle - Vorlage: IV/2007/06307
- 4.4. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2006 - Vorlage: IV/2007/06500
- 4.5. 1. Satzung zur sechsten Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art (Ersetzungssatzung).
2. Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art.
Vorlage: IV/2007/06491
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Prüfung der Einführung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen
Vorlage: IV/2007/06419
 - 5.2. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifftafeln an Straßenschildern
Vorlage: IV/2007/06359
 - 5.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zum Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifftafeln an Straßenschildern (Vorlage: IV/2007/06359)
Vorlage: IV/2007/06508
 - 5.3. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifftafeln an historischen Gebäuden
Vorlage: IV/2007/06360
 - 5.4. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Einführung eines Änderungsdienstes für die Beratungen des Haushaltsentwurfes
Vorlage: IV/2007/06482
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzungen des Ausschusses am 10., 15. und 22.05.2007

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften der Sitzungen des Ausschusses am 10., 15. und 22.05.2007 wurden genehmigt.

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Hallesche
Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: IV/2007/06512**

Aufgrund des Mitwirkungsverbot es nahm Herr Dr. Meerheim nicht an der Abstimmung des Punktes 4 teil.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung Punkte 1 - 3

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Abstimmung Punkt 4

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 30.03.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	6.827.588,15 €.
Die Bilanzsumme beträgt	546.885.139,24 €.

2. Der nach Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage und in die Bauerneuerungsrücklage verbleibende Teil des Jahresüberschusses 2006 in Höhe von 5.644.829,33 € wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Dem Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

**zu 4.2 Wirtschaftsplan 2007/2008 für den Zeitraum vom 01.08.2007 bis zum
31.07.2008 für die Kulturinsel
Vorlage: IV/2006/06217**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch und Frau Wolff. Frau Dr. Richter beantwortete die Fragen und ging besonders auf die Rückstellungen für die Altersteilzeit ein.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 / 2008 für die Kulturinsel laut Anlage 1.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.3311.715.000 6.141.000 € (Ausgaben Kulturinsel)
VermHH : 2.3311.985.000 286.000 € (Ausgaben Kulturinsel)

**zu 4.3 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 für das Thalia
Theater/ Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2007/06307**

Herr Bönisch regte an, die Darstellungen der Wirtschaftspläne der Kulturinsel und des Thalia Theaters anzunähern.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006 / 2007 für das Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsstelle 1.3312.715000 VerwHH: 3.271.562,- €

**zu 4.4 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2006
Vorlage: IV/2007/06500**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Bauersfeld, Herr Godenrath und Herr Geier.

Es wurde um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- a) Wie hoch ist die Gewinnrücklage?
- b) Wie hoch ist die Sicherheitsrücklage?
- c) Wie hoch ist die Eigenkapitalrendite?
- d) In welcher Höhe werden finanzielle Mittel für Sponsoring verausgabt?
- e) Welchen Stand hat die geplante Fusion?
- f) Welchen möglichen Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt Halle (Saale) sieht die Stadt- und Saalkreissparkasse?

Durch die Mitglieder wurde betont, dass alle städtischen Beteiligungen bezüglich eines sinnvollen Beitrages zur Haushaltskonsolidierung überprüft werden sollten.

Herr Geier hob hervor, dass diese Überprüfung durch die Verwaltung bereits durchgeführt werde. Bezüglich der Ergebnisse für die Stadt- und Saalkreissparkasse Halle sagte er eine Rückinformation für die Sitzung im September bzw. Oktober 2007 zu.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2006.

**zu 4.5 1. Satzung zur sechsten Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art (Ersetzungssatzung).
2. Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art.
Vorlage: IV/2007/06491**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Haupt, Herr Misch, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Bauersfeld, Herr Dr. Eigenfeld, Herr Geier und Frau Kloss.

Die Verwaltung wurde gebeten, eine Aufgabenübertragung an das Finanzamt zu überprüfen.

Herr Bönisch stellte folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften im April 2008 eine Auswertung über die Ergebnisse der Änderung der Satzung vorzunehmen. Zusätzlich solle über die Erfahrungen und Sätze vergleichbarer Städte informiert werden. Gewünscht werde zusätzlich eine Anfrage beim Finanzamt, welche Gesamtsumme insgesamt das Finanzamt erwarte, um diese Summe mit den Einnahmen der Stadt Halle (Saale) abzugleichen und bei relevanten Abweichungen konkrete Maßnahmen einzuleiten.

Abstimmung des Antrages:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur sechsten Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art (Ersetzungssatzung).
2. Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.9000.021000

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Prüfung der Einführung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen Vorlage: IV/2007/06419

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Eigenfeld, Herr Dr. Meerheim, Herr Schramm, Herr Bauersfeld, Herr Bönisch und Herr Geier.

Durch die Mitglieder wurden zum Teil Bedenken bezüglich der Auswirkungen auf die Übernachtungsbetriebe der Stadt und den evtl. hohen Verwaltungsaufwand geäußert.

Herr Geier berichtete, dass diese Bedenken auch in der Stadt Weimar vor der Einführung einer ähnlichen Abgabe angeführt wurden. Diese bestätigten sich im Nachhinein jedoch nicht. Die Erhebung der Abgabe wurde in einer entsprechenden Satzung geregelt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss in modifizierter Form:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften schließt sich dem modifizierten Beschluss des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung vom 29.05.2007 an und empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um eine Kulturförderabgabe zu erheben. Die Verwaltung berichtet zum 18. Juli dem Stadtrat über die Ergebnisse der Prüfung.

zu 5.2 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifttafeln an Straßenschildern Vorlage: IV/2007/06359

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Bönisch, Herr Dr. Fuchs und Herr Dr. Meerheim.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften schließt sich dem Beschluss des Kulturausschusses vom 02.05.2007 an und empfiehlt dem Stadtrat, folgenden **modifizierten Beschluss** zu fassen:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dass an Straßen, die für die Stadtgeschichte Halles und darüber hinaus wichtige Persönlichkeiten ehren, Zusatzschilder angebracht werden. Diese sollten prägnante Lebensdaten enthalten und die Verdienste der Geehrten nennen.

Auf den Zusatzschildern sollen keine Spender benannt werden.

Die Finanzierung der erklärenden Schrifttafeln an Straßenschildern erfolgt ohne städtische Mittel.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zum Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifttafeln an Straßenschildern (Vorlage: IV/2007/06359)
Vorlage: IV/2007/06508**

Abstimmungsergebnis:

Über den Änderungsantrag wurde nicht separat abgestimmt, da der Kulturausschuss dem Antrag zugestimmt hatte und sich der Ausschuss für Finanzen dem modifizierten Beschluss des Kulturausschusses angeschlossen hat.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt erweitert:

Auf den Zusatzschildern sollen keine Spender benannt werden.

**zu 5.3 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifttafeln an historischen Gebäuden
Vorlage: IV/2007/06360**

Die Mitglieder des Ausschusses diskutierten über die zu verwendenden Sprachen auf den Schrifttafeln. Diese Diskussion wurde aufgrund der fehlenden Zuständigkeit abgebrochen und in den Stadtrat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften schließt sich dem Beschluss des Kulturausschusses vom 02.05.2007 an und empfiehlt dem Stadtrat, folgenden **modifizierten Beschluss** zu fassen:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, an Gebäuden, die für die Stadt Halle historisch bedeutend sind, erklärende Schrifttafeln anzubringen.

Die Tafeln sollen zweisprachig gestaltet werden.

Die Finanzierung der erklärenden Schrifttafeln an historischen Gebäuden erfolgt ohne städtische Mittel.

**zu 5.4 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Einführung eines Änderungsdienstes für die Beratungen des Haushaltsentwurfes
Vorlage: IV/2007/06482**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bauersfeld, Frau Wolff, Herr Schramm, Herr Bönisch, Herr Dr. Eigenfeld, Herr Geier und Frau Gruß.

Es wurde über den komplizierten Umgang mit den Änderungen, die Form der Beratungen und die evtl. technischen Möglichkeiten zur Vereinfachung diskutiert.

Die Verwaltung sagte zu, für den Haushaltsplanentwurf 2008 verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, die Haushaltsplanberatungen strukturierter und das Verfahren transparenter zu gestalten. Ein erster Schritt sei die Vorlage des Eckwertebeschlusses für den Haushalt 2008 in der Sitzung im Juli. Für den Haushalt 2009 sei das Verfahren aufgrund der Einführung auf die Doppik produktorientiert aufzubauen.

Die Mitglieder betonten ihre Bitte, den Haushaltsplan(entwurf) fortgeschrieben im Netz zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der Anspruch auf die Papierform sei für die Stadträte jedoch ebenfalls auf Wunsch zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss in modifizierter Form:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen des Haushaltsentwurfes einen Änderungsdienst einzuführen. Änderungen des Haushaltsentwurfes sind in Form von Austauschblättern **und / oder elektronischer Form** vorzulegen. Auf den Austauschblättern müssen die Änderungen deutlich markiert sein und der Bearbeitungsstand muss auf jeder Seite vermerkt sein.

Zur Beschlussfassung muss dem Stadtrat die Endfassung des Haushaltsentwurfes vorliegen.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Schulsekretärinnenbereich in Sonderschulen

Herr Bönisch fragte nach dem Ergebnis der in der Sitzung des Ausschusses am 15.05.2007 durch die Verwaltung zugesagten Überprüfung bezüglich der Besetzung der Schulsekretariate im Sonderschulbereich.

Herr Geier sagte eine Beantwortung in der kommenden Sitzung zu.

(18:30 Uhr - Herr Bauersfeld verließ die Sitzung und wurde von Herrn Godenrath vertreten.)

Verkauf städtischer Immobilien

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass die Veräußerung von städtischen Immobilien, die sich im Sondervermögen des EB ZGM befinden, etwas mehr Verwaltungsaufwand erfordert, als wenn sie sich im („reinen“) städtischen Vermögen befinden.

Zinsübernahme durch das Land

Herr Geier informierte aufgrund einer Anfrage, dass noch kein diesbezüglicher Bescheid vorliege.

Herr Godenrath führte aus, dass die Stadt Magdeburg die avisierten Zinshilfen bereits in ihrem Haushalt verarbeitet habe und diese Einstellung durch die Kommunalaufsicht nicht beanstandet wurde.

Erlass des MI zum Verfahren in der vorläufigen Haushaltsführung

Herr Geier informierte auf Bitte von Frau Wolff, dass der vorgenannte Erlass auf das Verhalten der Kommunalaufsichten gerichtet sei.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

zu 8 Anregungen

zu 9 Mitteilungen

Zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 9 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin